

Heidrun Bluhm

- Es gilt das gesprochene Wort -

Bericht DIE LINKE in MV zwischen 2011 und 2013 zur ersten Tagung des 4. Parteitages am 23./24.11.2013 in Greifswald

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit einem Jahr und einer Woche leite ich unseren Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern. In dieser Zeit haben wir sehr viel geschafft.

Auch wenn es euch vielleicht anders vorkommt, liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in dieser Zeit nicht nur Wahlen vorbereitet und durchgeführt. Wenn ihr den Bericht des Landesvorstandes in Vorbereitung auf den heutigen Parteitag, der euch vorliegt, aufmerksam gelesen habt, dann müsst ihr, wie ich feststellen, unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Wir haben entsprechend der Beschlüsse der Tagungen des 3. Parteitages eine Reihe inhaltlicher Profilierungen unseres politischen Formates in M-V vorgenommen, die auch in der Gesellschaft auf Bundes- und Landesebene intensiv diskutiert wurden. Z.B. zum flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, zur europäischen Wirtschafts- und Sozialunion, zur Solidarität in unserem Land und nicht zu vergessen unser „Leitbild MV 2020+, Bilanz vor Ort ziehen, Projekte entwickeln“.

Wir haben drei Volksinitiativen initiiert, zur Theater- und Orchesterlandschaft, zur Gerichtsstruktur und zum Mindestlohn von 10 €. Und immer haben wir die notwendigen Quoren mehr als erreicht. Die große Koalition im Land hat das aber nicht interessiert, geschweige denn, dass sie Volkes Willen in ihrer

Regierungspolitik berücksichtigt hätte. Sie regiert nach Gutsherrenart. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen.

In Landesbasiskonferenzen haben wir mit interessierten Genossinnen und Genossen die innerparteiliche Kommunikation beraten und gerade vor ein paar Wochen gemeinsam die Bundestagswahl ausgewertet.

Die euch vorliegende Wahlanalyse stützt sich unter anderem auch auf diese Landesbasiskonferenz. Es herrscht eine neue konstruktive Offenheit unter den Genossinnen und Genossen und dafür möchte ich den Organisatoren aus der LAG innerparteiliche Kommunikation sehr herzlich danken.

Auch deshalb haben wir uns erstmalig, noch unter dem Eindruck der Wahlergebnisse, sehr schnell über das ausgetauscht, was uns gelungen ist.

Aber auch über das, was uns an unsere Grenzen gebracht hat. Auch die regionalen Unterschiede im Herangehen an die Wahlvorbereitungen haben wir zeitnah ausgewertet und für das Landeswahlbüro für künftige Wahlen aufbereitet.

Weitere thematische Konferenzen, wie zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, die Friedenskonferenz in Rostock, Personal- und Betriebsrätekonferenzen oder auch den bereits zweimal durchgeführten Parlamentariertag des kommunalpolitischen Forums und unserer Landtagsfraktion, waren Stätten des politischen Austausches, der Qualifikation, vor allem aber eine Erfahrungsbörse für unsere Mitglieder in der Partei.

Für das Gelingen dieser Konferenzen haben unsere Landesarbeitsgemeinschaften in enger Abstimmung mit dem Landesvorstand inhaltlich gestanden.

Die letzte Tagung des letzten Parteitages hatte den Landesvorstand beauftragt, ein innerparteiliches Kommunikationskonzept zu erarbeiten.

Dazu hat sowohl die Landesgeschäftsstelle als auch die LAG innerparteiliche Kommunikation gearbeitet. Dieser Prozess ist durch den Landesvorstand immer begleitet worden.

Und es liegt euch heute nun ein gemeinsamer Antrag A2 zur Abstimmung vor, der insgesamt innerparteilich auch bis in die Basisgruppen der Partei beraten werden konnte.

Der Landesvorstand hat sich entschieden, uns heute dazu eine abschließende Diskussion zu ermöglichen und dieses Konzept dann durch einen Parteitagsbeschluss als Handlungsrahmen unserer weiteren politischen Kommunikation in allen Gliederungen der Partei nach innen und nach außen vorzugeben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben uns weitere Beschlüsse zur Organisation der politischen Arbeit gegeben, so z.B. zur Arbeit der LAG`en und den Beschluss zur Neubildung von Kreisverbänden zur Anpassung an die staatlichen Strukturen.

Fast alle Kreise haben diesen Beschluss bis zum heutigen Tage umgesetzt und damit eine neue und effektive Struktur bilden können.

Aber eben nur fast alle Kreise. Es ist bisher leider nicht gelungen, den Zusammenschluss der Kreise Vorpommern – Rügen und Stralsund zu vollziehen.

Viele von euch erinnern sich noch an den Septemberparteitag im letzten Jahr, der auch bei uns zur Zuspitzung der innerparteilichen Auseinandersetzungen geführt hat und bis heute nicht vollständig geklärt ist.

Zwischenzeitlich hat sich auf Bitten des Landesvorstandes der Landesausschuss dieses Themas angenommen. Wir hatten uns gemeinsam vorgenommen, diesen Konflikt in Ruhe, sachlich, vor allem aber im gemeinsamen Einvernehmen zu bewältigen.

Festzustellen ist - so die Zwischenbilanz des Landesausschusses - dass nach mehr als einem Jahr Sachlichkeit und Ruhe eingekehrt sind und dass der Kreisverband Stralsund seinen Fusionsbeschluss aufrechterhält. Aber eine Annäherung in den bisher strittigen Fragen wurde zwischen beiden Kreisen auch unter der Moderation des Landesausschusses leider nicht erzielt.

Ergebnisse gibt es bisher keine.

Inzwischen hat sich die Landesschiedskommission mit der Frage beschäftigt und den Landesvorstand in seiner Vorgehensweise durch ihre Entscheidung bestärkt. Sie sagt, nach Satzung der Partei ist der Strukturbeschluss satzungskonform und kann also vollzogen werden.

Nun haben sich die Genossinnen und Genossen aus Stralsund an die Bundesschiedskommission gewandt, mit dem Ziel, dass sie mit ihrer Position, ein eigener Kreisverband bleiben zu können, ebenfalls auf der Basis der Satzungen der Partei handeln.

Eine entsprechende Entscheidung der Bundesschiedskommission steht aber noch aus. Wie ihr feststellen könnt, bemühe ich mich, dieses Problem unaufgeregt und lediglich auf die sachliche Zusammenfassung der Situationseinschätzung zu beschränken.

Aber eines will ich hier doch klar zum Ausdruck bringen: Wir werden durch diese ungeklärte Situation große Herausforderungen für die ordnungsgemäße Vorbereitung der

Kommunalwahlen in dem staatlichen Kreis Vorpommern – Rügen zu bewältigen haben.

Das beginnt bei der Frage, wie wir zu gemeinsamen Listen für die Wahl des Kreistages kommen und wer diese Listen einreichen wird.

Deshalb bitte ich alle Delegierten und beide betroffenen Kreisvorstände von dieser Stelle aus um Vernunft und Wahrnehmung ihrer politischen Verantwortung.

Wir müssen die Landeswahlordnung einhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine ordnungsgemäße Listenaufstellung. Denkt bitte daran.

Viel Zeit bleibt dafür nicht mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen,

sowohl bundes- als auch landesweite Kampagnen haben wir in unserem Land politisch unterstützt. Hier will ich besonders unser Engagement bei der Kampagne „umFAIRteilen“ nennen und unsere Bemühungen im Kampf gegen die neuen Nazis. Es gibt keinen Naziaufmarsch in MV, dem wir nicht gemeinsam mit einem breiten demokratischen Bündnis entgentreten. Und das mit kreativen und friedlichen Ideen.

Wir lassen die Rechtsextremisten in unserem Land nicht einfach marschieren, egal ob sie sich in Friedland, Pasewalk, Greifswald, Wismar, aber auch in Dresden über unsere Straßen rollen und junge Menschen einfangen wollen für ihre verbrecherische Ideologie. Allerdings - und auch das muss von dieser Stelle gesagt werden: Herr Sellerling lobt zwar das wachsende bürgerliche Engagement im Land, z.B. in dem Film 16 x Deutschland über MV.

Aber selbst habe ich ihn bei unseren Gegenveranstaltungen noch nicht gesehen. Das liegt sicherlich an der Kurzfristigkeit der Organisation solcher Veranstaltungen und dem langfristigen Kalender des Ministerpräsidenten. Ich kann Herrn SELLERING von hier aus aber schon mal in seinen Kalender schreiben, dass am Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus, unserem Landesgedenktag, 2014 in Demmin das Aktionsbündnis 8. Mai wieder zu einem großen Demokratiefest einladen wird.

Vielleicht kann seine Teilnahme ihn dann endlich dazu animieren, dass Projekten in MV, die sich gegen die rechtsextremistische Ideologie richten und junge Menschen immun gegen die braune Brut machen sollen und können, auch die ganze Unterstützung der Landesregierung gebührt. Inklusiv einer richtigen finanziellen Ausstattung.

Nicht unerwähnt darf an dieser Stelle bleiben, dass das Aktionsbündnis 8. Mai in Demmin vollkommen zu Recht und wirklich verdient den diesjährigen Couragepreis der Landtagsfraktion der LINKEN in M-V erhalten hat. Macht weiter, liebe Freundinnen und Freunde. Mit unserer Unterstützung könnt ihr weiterhin rechnen.

Unsere Aktivitäten können sich jedoch nicht auf die offene Gegenwehr auf der Straße beschränken. Auch vor Ort, in den Kommunen müssen wir täglich wachsam sein und vor allem präventiv.

Deshalb haben Jürgen Kalkbrenner und Gerd Walther den Vorschlag unterbreitet, nach der Kommunalwahl eine Konferenz zu Bildung, Kultur und Sport in den Kommunen zu organisieren, um unsere neu gewählten Kommunalvertreter fit zu machen im Umgang mit rechtsradikalen Mitgliedern in Kulturvereine, in der Freiwilligen Feuerwehr und anderen Vereinen. Ich finde, das ist eine super Idee. Diesen Vorschlag werden wir in unsere Jahresplanung für 2014 aufnehmen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Landesvorstand hat sich in seinen Sitzungen, in der Regel tagt er einmal monatlich, mit der aktuell-politischen Situation der Gesellschaft und in der Partei befasst.

Seit einem Jahr sind wir in jeder zweiten Sitzung zu Gast in einem unserer Kreisverbände, um nicht nur im Dialog mit unseren ständigen Gästen aus dem Parteivorstand, der Bundestags- und Landtagsfraktion und den Bundes- und Landesausschussmitgliedern zu sein, sondern um den Genossinnen und Genossen aus den Kreisen die Teilnahme an den parteiöffentlichen Landesvorstandssitzungen zu ermöglichen und mit ihnen im kontinuierlichen Gespräch zu sein.

Durch die Unterstützung der Kreisvorstände haben wir das in der Regel mit einer politischen Aktion unserer Partei verbunden und öffentlichkeitswirksam durchgeführt. Leider haben bisher nur wenige Mitglieder unserer Partei davon Gebrauch gemacht.

Aber vielleicht muss sich das ja auch erst überall herumsprechen. Wir wollen unsere Mitglieder einladen, mit uns gemeinsam zu diskutieren und nicht hinter verschlossenen Türen tagen. In der Zukunft sollen auch die Kreisvorsitzenden ständig an den Landesvorstandssitzungen teilnehmen. Eingeladen waren sie schon immer, aber gekommen sind sie selten.

Verbessert hat sich in dieser Wahlperiode auch die Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion. Nicht, dass sie vorher schlecht war. Nein, das war sie nicht. Heute aber tauschen wir uns zeitnah zu allen wichtigen politischen Themen

auf Landesebene aus. Es gibt regelmäßige Gespräche zwischen dem Fraktionsvorsitzenden und der Landesvorsitzenden. Parlamentarische Initiativen werden gemeinsam besprochen und die dazu notwendigen außerparlamentarischen Aktionen abgestimmt.

Die Landtagsfraktion ist für den Landesverband zum wichtigsten politischen Inputgeber geworden. Helmut ist bei jeder Landesvorstandssitzung dabei und Kay bei den Fraktionssitzungen im Landtag. Wir wissen alles übereinander, reden miteinander und handeln gemeinsam Schulter an Schulter. An dieser Stelle auch ein dickes Dankeschön für die große Unterstützung der Fraktion im Bundestagswahlkampf. Dieser Dank geht gleichermaßen an alle Mitglieder der Fraktion und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Unsere Mitglieder im Landesausschuss aber auch im Bundesausschuss gehören zu den ständigen Gästen unserer Landesvorstandssitzungen, ebenso wie die Sprecher von SOLID.

Auch zwischen diesen Gremien und dem Landesvorstand hat sich die Zusammenarbeit weiter intensiviert. Auch dadurch wird gewährleistet, dass wir nach außen als eine Partei wahrgenommen werden können und die Landesinteressen entsprechend unserer Beschlüsse gemeinsam vertreten werden. Luft nach oben gibt es trotzdem noch, vor allem mit dem Jugendverband.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass das sowohl für den Landesvorstand und für SOLID gleichermaßen gilt.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ein wichtiges Feld unserer gesamten Parteiarbeit und für den Erfolg unserer Arbeit ist die Mitgliedergewinnung und die Mitgliedermotivation. Im Jahre 2011 hatten wir 5.123 Mitglieder

in der Partei. Seit dieser Zeit haben wir bis heute 185 neue Mitglieder aufgenommen, zusammen 499 Austritte oder Streichungen zu verzeichnen und 361 Mitglieder unserer Partei sind verstorben.

Aktuell haben wir keine 4.500 Mitglieder mehr. Der Altersdurchschnitt liegt heute bei 68,6 Jahren. Mehr als 50% unserer Mitglieder sind älter als 70 Jahre. Im Bundestagswahlkampf haben wir alle gemerkt: Unsere personellen Ressourcen bringen uns an die objektive Grenze, im Land flächendeckend präsent zu sein. Wahlmaterialien zu verteilen und Plakate zu kleben, können wir zukünftig notfalls auch professionellen Agenturen übertragen, wenn wir über ausreichende Einnahmen verfügen.

Aber weniger Mitglieder bedeuten gleichzeitig weniger Mitgliedsbeiträge. Viel schmerzhafter für uns ist aber, dass es schon lange nicht mehr in jeder Gemeinde eine Genossin oder einen Genossen gibt, die oder der für unsere Partei, wenn es darauf ankommt, die rote Fahne raushängt.

Viel schlechter sieht es sogar noch aus, wenn wir uns anschauen, dass es vor allem in der arbeitenden Bevölkerung immer weniger Mitglieder der Partei gibt. In den Betrieben und Unternehmen sind wir immer weniger vertreten. Dadurch fehlen für die Kolleginnen und Kollegen nicht nur die linken Ansprechpartner.

Nein, uns fehlen dadurch auch die Kenntnisse, was heute den arbeitenden Mecklenburgern und Vorpommern wirklich auf den Nägeln brennt. Oft erfahren wir das nur über die Medien oder von den Gewerkschaften.

Dabei kann es auch kein Trost sein, dass es anderen Parteien in M-V nicht anders geht. Nicht nur für das Überleben der Partei, sondern vor allem für unser lebensnahes politisches

Agieren ist es notwendig, dass wir in den kommenden Monaten und Jahren der Mitgliedergewinnung eine weit größere Bedeutung geben.

Ich weiß nicht, ob jedem von euch bekannt ist, dass wir im Landesverband eine AG Mitgliedergewinnung haben. In dieser AG werden neue Formen der Mitgliedergewinnung und Betreuung beraten und erarbeitet. Aus jedem Kreis gibt es dafür Mitglieder in der AG.

Doch diese Genossinnen und Genossen können sich anstrengen wie sie wollen, die besten Ideen entwickeln und sie den Kreisen auch übermitteln. Wenn wir zukünftig die Mitgliedergewinnung in den jeweiligen Kreisverbänden nicht ganz nach oben auf die Agenda der politischen Arbeit setzen, dann wird sich unsere Situation weiter verschlechtern.

Es gibt in unserem Land doch viele Menschen, deren Herz links schlägt, die unseren politischen Alternativen nahe stehen, die wir oft auch kennen.

Vor allem in der jungen Generation bis 30 Jahre und unter den jungen Familien haben wir noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Nur mit ihnen hat auch unsere Arbeit eine Zukunft. Diesen müssen wir den Weg in die Partei zeigen und vor allem eine Aufgabe und einen Platz unter uns für sie finden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die wichtigste und schwierigste Aufgabe war für unseren Landesverband in den vergangenen Monaten die Bundestagswahl am 22. September 2013. Zu Jahresbeginn wusste noch niemand von uns, wie diese Wahl für uns ausgehen würde.

Einige Monate vorher schlug das Gewitter der Bundespartei in Göttingen in die Partei ein. Wir wurden zwischen 5 und 6 Prozent bei den Demoskopen gehandelt.

Das war lähmend und Ansporn zugleich. War es zu schaffen, aus diesem politischen Tief wieder herauszukommen? Und wenn ja, wie? Verloren gegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen würde Zeit brauchen. Das wussten wir alle. Viele von euch haben sich große Sorgen gemacht. Ich auch.

In M-V haben wir dann auch noch einen personellen Wechsel an der Spitze unserer Landespartei vollzogen. Zweifel einiger Genossinnen und Genossen, so schnell zu agieren, waren angebracht. Nicht alle waren sicher, dass das keine weiteren negativen Auswirkungen auf unser Ansehen in der Gesellschaft haben würde.

Im Endspurt auf ein wichtiges politisches Ziel der Partei, die Pferde zu wechseln, ist immer auch mit Risiko verbunden. Heute sage ich: Ja, es war richtig, so schnell zu handeln und nicht provisorisch herumzuwurschteln.

Unser Ziel war es, mit 20+x vor der SPD und mit der Verteidigung des Direktmandates in Rostock aus M-V wieder mit mindestens vier Abgeordneten in den Deutschen Bundestag einzuziehen.

Heute wissen wir, dass wir nur zwei der drei Ziele erreicht haben. Aber wir wissen auch, dass unser Pferdewechsel nicht die Ursache dafür war, dass Steffen Bockhahn das Direktmandat knapp verloren hat.

An Steffen, ich sage euch, an Steffen hat es nicht gelegen.

Sein Wahlkampf war allererste Spitzenklasse und sein Ergebnis war es auch. Er lag mit sieben Prozent über dem Zweitstimmenergebnis.

Aber an der Kanzlerin kam einfach niemand vorbei. Und ich sage, dass auch alle anderen CDU-Direktkandidaten nur deshalb vorn lagen, weil Frau Merkel sie alle mitgezogen hat. Es war also in Mecklenburg- Vorpommern kein Sieg der CDU, sondern allein der Sieg der Kanzlerin. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen.

Lieber Steffen,

der Parteitag der LINKEN hier und heute sagt Danke.

Danke für dein Engagement an der Spitze der Partei,

Danke für deine schwere Entscheidung im Oktober letzten Jahres zurückzutreten und

Danke für diesen grandiosen Wahlkampf in Rostock.

Wir wünschen dir und damit auch uns, dass es mit den neuen Plänen als Senator in Rostock klappen wird und sind überzeugt, dass du ein großes Stück linker Politik für die Rostockerinnen und Rostocker verwirklichen kannst.

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute sitzen Kerstin Kassner, Dietmar Bartsch und ich auf der Wartebank des Parlaments in Berlin, um endlich mit der Oppositionsarbeit beginnen zu können.

Wir haben nach 9 Wochen immer noch keine Regierung und das wird wohl auch noch dauern. Fast alle Sitzungswochen sind für 2013 abgesagt. Es soll nun zwischenzeitlich einen temporären Hauptausschuss geben, der die Aufgaben des Parlaments übernehmen wird.

Die CDU hat sich für eine große Koalition entschieden und die SPD hat Angst. Angst davor, mitzuregieren und auch Angst davor, nicht zu regieren.

Die Erfahrungen aus der großen Koalition von 2005 bis 2009 stecken ihnen dermaßen in den Knochen, dass sie nicht wissen, was richtig für sie ist.

Deutschland wird von den Beamten in den Ministerien ohne Transparenz und Mitbestimmung regiert. Damit muss Schluss sein. Das haben sich die Wählerinnen und Wähler sicher anders gedacht, als sie so gewählt haben, wie sie gewählt haben und eine große Koalition gewünscht wurde. CDU/CSU und SPD agieren schon heute mit Blick auf 2017.

Aber wenn sie so weitermachen, die parlamentarische Kontrolle weiter verhindern und vor allem die wichtigen vor uns liegenden Probleme der Gesellschaft in der Frage, wie weiter mit Europa, wie weiter mit dem Gesundheitssystem, wie weiter in der Rentenpolitik und vieles andere mehr, nicht angehen, dann sollen sie 2017 beide die Quittung dafür bekommen.

Diese große Koalition ist nicht gut für unser Land, das werden wir den Menschen in den kommenden vier Jahren als Oppositionsführerin beweisen.

Auch die Landratswahl am 22. September im Landkreis Rostock war für uns ein gutes Ergebnis. Wenn wir sehen, dass unser Kandidat Andreas Reinke aus dem Stand 20 Prozent der Stimmen und das noch gegen die große Flut der Bundestagsplakate schaffte, dann können wir mehr als zufrieden sein.

Dass am Ende der SPD-Mann Constien sich noch gegen Frau Hoffmeister von der CDU durchsetzen konnte, hatte auch etwas mit uns zu tun. Unsere Genossinnen und Genossen haben sich zwar nicht mit einem offenen Wahlauf Ruf an die Wählerinnen und Wähler für einen Kandidaten bei der Stichwahl ausgesprochen, aber sie haben beide gezwungen, sich öffentlich zu für uns wichtige Themen zu positionieren. Am

Ende haben sich dann unsere Wählerinnen und Wähler selbst für Herrn Constien entschieden. Jetzt werden wir ihn in seinem neuen Amt beim Wort nehmen.

Andreas, dir möchte ich auch von diesem Podium nochmal sehr herzlich danken, für deinen engagierten Wahlkampf, für die Doppelbelastung und bei deiner Familie, dass sie das geduldig ertragen hat.

Liebe Genossinnen und Genossen,

euch allen liegt die Wahlanalyse zu den Bundestagswahlen aus M-V vor. Ich will hier keine Zahlen wiederholen, die ihr schon mehrfach gelesen und gehört habt. Aber wir müssen darüber reden, dass es auch objektive Gründe dafür gibt, dass wir das Ergebnis von 2009 dieses Mal nicht wiederholen konnten.

Zum Ersten hat es im Land keine Wechselstimmung gegeben. Das liegt unter anderem auch daran, dass es den Deutschen im Vergleich zu anderen Ländern in Europa und in der Welt verhältnismäßig gut geht. Auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich in den letzten vier Jahren weiter auseinander gegangen ist, so sehen die meisten Wählerinnen und Wähler zur Zeit keine politische Alternative zum bestehenden, sogenannten „erfolgreichen Gesellschaftsmodell“ in Deutschland.

Auch wir haben es nicht vermocht, unsere Wählerklientel so anzusprechen, dass sie uns als wirkliche politische Kraft an ihrer Seite identifizieren.

Woran liegt das?

Vor allem liegt es daran, dass diejenigen, für die wir uns mit unserem Wahlprogramm engagiert haben, sich zu großen Teilen ganz als Wählerinnen und Wähler zurückgezogen haben

und ihren Protest dadurch zum Ausdruck bringen, gar nicht mehr zur Wahl zu gehen.

Und wir konnten mit unseren Angeboten die Lücke nicht schließen. Wir konnten das Interesse von Nichtwählern nicht wecken.

Die Partei der Nichtwähler in Deutschland ist größer als CDU und SPD. Der Anteil derer, die sich in prekären Arbeitsverhältnissen befinden, sich mit Minijobs durchbringen müssen oder gar durch jahrelangen Transferleistungsbezug ganz aus der gesellschaftlichen Mitte gedrängt wurden, ist zahlenmäßig weiter gewachsen.

Wir haben es nicht ausreichend vermocht, in dieser Gruppe für die Überwindung von HARTZ IV, dem Verbot von schlecht bezahlter Leiharbeit und die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro zu überzeugen.

Wenn eine Friseurin selbst so argumentiert, dass sie Angst davor hat, dass ihr Chef den Laden schließen muss, wenn sie 10 Euro Mindestlohn haben will, dann hatten wir vielleicht eine richtige Forderung, aber wir haben sie nicht überzeugend vermittelt bekommen. Wer Angst um seinen Arbeitsplatz hat, der verzichtet eher auf gerechten Lohn, um wenigstens den Job zu behalten.

Zum Zweiten haben wir nicht ausreichend selbst vorgelebt, was wir mit unserem Wahlprogramm der Gesellschaft verordnen wollten. Frieden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Eine Partei, die sich streitet, nicht um die besten politischen Inhalte, sondern untereinander, Genossinnen und Genossen, die sich gegenseitig vor Gericht verklagen, sich über die Medien mitteilen, was sie voneinander halten, die erwecken bei Wählerinnen und Wählern nun mal nicht den Eindruck, dass

es ihnen um die Lösung der dringenden Fragen der Gesellschaft geht.

Auf diese Weise entsteht eine Kluft zwischen politischem Ansatz und Wirklichkeit. Auch wir werden mittlerweile mit anderen Parteien gleichgesetzt, in denen es einigen mehr um Pöstchen, Einfluss und Privilegien geht.

Ich bin mir bewusst, dass ich mit dieser Feststellung eine große Zahl unserer Genossinnen und Genossen zu Unrecht vereinnahme. Die genau nicht in die Gruppe derer gehören, die ich gerade gemeint habe. Aber auch wir werden als Partei in der Öffentlichkeit nur als Ganzes wahrgenommen. Das muss jeder und jede von uns bei allem, was wir tun, stets berücksichtigen. Wir können andere nur dann glaubhaft überzeugen, wenn wir gemeinsam und auch untereinander Frieden, Solidarität und Gerechtigkeit leben. 2009 ist uns das gelungen.

Zum Dritten möchte ich einen Punkt ansprechen, der mir persönlich sehr wichtig ist. Wir sind fast perfekt in der Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wir können aus dem Stand erklären, was alles schief läuft, warum das so ist und wer dafür die Verantwortung trägt. Wir klagen an. Wir fordern von den anderen, vor allem von den Regierenden auf allen Ebenen, dass sie das ändern.

In Teilen unterstellt man uns, dass wir alles verurteilen. Dieses System, dieses Land und die Menschen, die dieses System und dieses Land tragen. Wir fühlen uns als die einzig Gerechten unter den Anderen.

Ja, wir wollen verändern und manches überwinden.

Das können wir aber nur, wenn wir uns als Teil des Ganzen begreifen.

Nur, wenn es uns gelingt, gesellschaftliche Mehrheiten für unsere Ziele zu gewinnen.

Nur wer sein Land liebt, der kann es zum Guten verändern.

Nur wer die Menschen mag, für die er Politik macht, der kann sie auch davon überzeugen, dass es sich lohnt mitzumachen beim Verändern.

Und das beginnt im Kleinen, vor Ort, in meinem Dorf, meiner Stadt und meinem Bundesland. Ich muss selbst Ideen entwickeln, selbst mitorganisieren und Nachbarn, Familie und Gleichgesinnte gewinnen, um das Zuhause schöner zu gestalten.

Zum Beispiel Bürgermeister Knaak aus Lalendorf. Der es satt hatte, dass seine Bürgerinnen und Bürger mit immer höheren Preisen für Strom, Öl und Gas von einem der vier großen Energiemonopolisten abgezockt werden. Seit mehreren Jahren arbeitet er an der Eigenversorgung seiner Gemeinde mit Strom und Wärme, schafft damit einen eigenen Wirtschaftskreislauf vor Ort, Arbeit für die Menschen und damit Perspektive und ein neues Wir in der Gemeinde. Heute ist er nicht nur Bürgermeister, sondern auch ein Energieexperte.

Zum Beispiel Lothar Meistring, unser Bürgermeister in Löcknitz, der die polnische Einwanderung meistert, indem er einen deutsch-polnischen Kindergarten baut, das Zusammenleben deutscher und polnischer Familien damit befördert, Fremdenängste abbaut und den neuen Nazis mit ihren ausländerfeindlichen Parolen den politischen Boden allmählich entzieht.

Zum Beispiel Karen Larisch in Güstrow mit ihrem Familienzentrum mitten in der Stadt. Wie es ihr gelingt, Menschen, die längst aufgegeben haben und nicht mehr daran glauben, dass sie in unserer Gesellschaft etwas leisten können,

weil sie schon sehr lange arbeitslos oder krank sind, an die Hand zu nehmen. Unglaublich, was in diesem Verein an Sozialarbeit geleistet wird. Karen Larisch kennt nicht nur in Güstrow jeder.

Nein, mittlerweile ist sie sogar auf Bundesebene eine gefragte Expertin in Eingliederungsfragen für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Chancen mehr haben.

Auch andere Projekte, zum Beispiel die Gründung von Genossenschaften für die Versorgung mit Lebensmitteln in Orten, wo es keine Einkaufsmöglichkeiten mehr gibt oder organisierte Jugend- und Seniorenhilfe, im Umweltschutz und vieles mehr sollen und können unsere Angebote sein, die dann auch die Handschrift der LINKEN tragen.

Auch auf Landesebene müssen wir über solche Projekte nachdenken und sie entwickeln. MV 2020+ bietet dafür viele Ideen.

Dass das sogar auf Bundesebene funktioniert, haben wir ja mit der TLG „FAIRWOHNEN“ bereits bewiesen. Auf diese Weise wird es uns in Zukunft mehr als heute gelingen, nicht nur den Frust und die Wut auf die Gesellschaft zu überwinden, sondern auch wieder mehr zum Mitmachen einladen und diejenigen, die so gar keinen Bock mehr auf Gemeinschaft haben, hinter dem Ofen vor holen. Und ich kann aus eigener Erfahrung sagen, es macht verdammt viel Spaß.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie das geht, davon haben wahrscheinlich unsere heutigen Kommunalvertreter in M-V die meiste Ahnung. Sie wissen was fehlt und was gebraucht wird in ihren Gemeinden.

Auf diesem Parteitag haben wir die Kommunalpolitik in den Mittelpunkt unserer inhaltlichen Beratungen gestellt. Und das aus guten Gründen.

Und nicht nur weil im kommenden Jahr Kommunalwahlen stattfinden.

In den Dörfern, den kleinen und größeren Städten, da spielt sich das Leben wirklich ab. Wo ist die Schule, wo der nächste Kindergarten oder der Hort? Funktioniert der ÖPNV, komme ich rechtzeitig zur Arbeit? Was ist mit der Versorgung mit Wasser, Strom? Was kostet die Müllabfuhr? Wird meine Straße saniert, was muss ich für die neue Abwasserleitung bezahlen und für den Krippenplatz? Hat mein Hausarzt einen Nachfolger, werden bald Windräder bei uns aufgestellt, was wird mit dem LKW-Verkehr durch die Kleinstadt? Wird die Musikschule für Kinder teurer, kann mein Lieblingsverein noch weitermachen? Und überhaupt: Was wird mit dem Theater oder dem Gemeindezentrum? Und so weiter und sofort.

All diesen Fragen stellen sich unsere kommunalen Abgeordneten jeden Tag, immer wieder. Sie leisten Großartiges in Ausschüssen, Gemeindevertretungen, Kreistagen, Stadtparlamenten.

Die Bedingungen für die Kommunen haben sich in den vergangenen Jahren ganz sicher nicht verbessert. Die Handlungsspielräume, durch Bund und Land verordnet, werden immer enger.

Das, was als freiwillige Aufgaben zählt, soll nach dem Willen der Landesregierung noch weiter eingedampft werden. Und hinten rum versorgen sich die Abgeordneten der Regierungskoalition im Land mit Wahlkreisgeschenken. Jeanine, unsere Finanzexpertin in der Landtagsfraktion, hat sich dazu ja ausführlich geäußert.

Ich möchte nicht falsch verstanden werden. Selbstverständlich hat sich unser Land gut und weiter entwickelt. Und das nicht zuletzt durch den Mut und die Kraft derer, die hier leben.

Das beweist auch ganz eindeutig der jüngste Monitor, der erst vor einigen Tagen veröffentlicht wurde. Und an dieser guten Entwicklung sind eben auch die Mandatsträger unserer Partei beteiligt.

Ich möchte mich bei euch und ihnen allen sehr herzlich bedanken. Ihr leistet Großartiges für das Land, in dem wir leben, für das kleine Dorf und die große Stadt, für die Menschen, die Jungen und die Alten.

Ihr macht mit, hört hin, wisst, was los ist. Ihr überlegt, schlagt vor, sucht nach Lösungen. Ihr kämpft, ja ihr kämpft wirklich.

Und ich danke auch unseren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, unserer Landrätin, den Beigeordneten, den Amtsvorstehern für ihre Arbeit in den Städten und Gemeinden.

Diese Arbeit findet Anerkennung in der Bevölkerung – auch wenn sich die Konkurrenz noch so müht und ihnen jedes Mittel recht ist, um euch zu behindern. Wir erleben es doch beispielsweise hier im Landkreis Vorpommern-Greifswald oder in der Landeshauptstadt Schwerin. Da zählt nicht die Auseinandersetzung in der Sache.

Da zählt nicht, wie bringen wir den Kreis und die Landeshauptstadt – unser Gemeinwesen - voran. Da zählt nur, wie können wir Bärbel Syrbe und Angelika Gramkow bei den Menschen madig machen. Das ist das Ziel – auch wenn es zum Schaden des Kreises und der Stadt ist, na und!

So, liebe Genossinnen und Genossen, so darf man keine Politik machen. Diese Herrschaften vergessen eins: Die Leute sind nicht dumm und haben selbst einen Kopf zum Denken. Und das

tun sie auch. Liebe Angelika, liebe Bärbel, ihr habt wie alle anderen Amtsträger - wie Siegfried im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte, Bürgermeister wie Lothar Meistring in Löcknitz, Gerd Walther in Ueckermünde, Norbert Reier in Plau am See oder Dieter Holtz in Saßnitz - unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Wir stehen zusammen. In erfolgreichen Stunden und in den anderen auch.

Wir sind eine Gemeinschaft. Und ich danke euch nochmals sehr sehr herzlich. Wir sind stolz auf euch.

Liebe Genossinnen und Genossen,

und nun stehen wir vor der nächsten großen Herausforderung, die Kommunal- und Europawahlen für den 25. Mai 2014 vorzubereiten. Mit dem euch vorliegenden Antrag A1 – „100 Prozent sozial – 100 Prozent vor Ort“ Kommunalpolitische Grundsätze der LINKEN Mecklenburg-Vorpommern für die Kommunalwahlen 2014 wollen wir mit diesem Parteitag die Schwerpunkte unseres Wahlkampfes setzen.

Sie sollen Grundlage für die Erarbeitung der Wahlprogramme vor Ort sein.

Damit setzen wir den Auftakt für die Aufstellung der Listenvorschläge in den Kreisen und für die politische Verständigung in den Städten und Dörfern. Das Landeswahlbüro zur Koordinierung der Wahlen ist schon längst wieder einberufen und einsatzbereit.

Jetzt kommt es in den nächsten Wochen darauf an, eine gute Mischung zwischen alten Hasen der Kommunalpolitik, schon einbezogenen sachkundigen Bürgern und neuen jungen Kandidaten und vor allem Kandidatinnen, gern auch noch ohne Parteibuch, für unsere Listen zu gewinnen.

Keiner, der aufhören will, darf gehen, ohne mindestens seinen Nachfolger gefunden zu haben und alte Zugpferde dürfen nicht aufhören, müssen noch mal kandidieren. Unser Ziel muss es sein, mindestens das Wahlergebnis aus 2009 wieder zu erreichen und vor allem, den Anteil der Vertreter in den Parlamenten von den Listen der NPD zukünftig wesentlich zu verringern. Besser noch, sie werden gar nicht mehr gewählt.

Nun zur Europawahl, liebe Genossinnen und Genossen,

Europa ist krank. Einige Mitgliedsstaaten sind schwer krank und die Gemeinschaft, die sich ihre Gründer gewünscht haben, ist bisher nicht entstanden.

Stimmen, die über Austrittsszenarien diskutieren, werden lauter und ein Rechtsruck im neuen Europaparlament ist zu befürchten. Das liegt vor allem an den Konstruktionsfehlern der Europäischen Familie.

Es kann einfach nicht zusammenwachsen, was nur auf wirtschaftlichen und finanziellen Füßen steht. Den Menschen in Europa fehlt die Vision über ein Europa des Friedens, des Sozialen, des Ökologischen und des Zusammenlebens. Gegenwärtig sind Banken die großen Gewinner, Exportländer wie wir eines sind, und der ungezügelte Wettbewerb blüht mit all seinen sozialen, kulturellen und politischen Auswüchsen und Verwerfungen. Uns wird ja gern eine europafeindliche Position vorgeworfen.

Aber das ist nicht wahr. Was wir aber bei diesen Wahlen machen müssen, ist, unser Europa besser zu erklären. In jeder gesellschaftspolitischen Frage bis in die Kommunen hinein, sind wir mit der europäischen Gesetzgebung konfrontiert.

Dabei geht es nicht nur um krumme Gurken, sondern knallhart um Standortentwicklungen zum Nutzen oder aber auch zum Schaden für unsere Region.

Wir müssen erklären, dass ein gemeinsames Europa nur in der Einheit der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und friedlichen Entwicklung zu erreichen ist.

Und zwar anschaulich und emotional. Unsere Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer müssen sich noch mehr mit unserer Europapolitik beschäftigen, um auf die Fragen der Bürgerinnen und Bürger vorbereitet zu sein. Der Landesvorstand hat sich in seiner Sitzung im August diesen Jahres mit der Europawahl beschäftigt und den Beschluss gefasst, Helmut Scholz bei seiner Kandidatur für die kommende Liste der LINKEN zu unterstützen.

Helmut hat in den vergangenen 5 Jahren in M-V als Abgeordneter des Europaparlaments bei uns nicht nur ein Wahlkreisbüro eingerichtet.

Nein, er war auch immer da, wenn es bei uns um europäische Fragen ging, hat intensive Wahlkreisarbeit gemacht und auch an unseren Sitzungen in den Gremien und an Parteitagen teilgenommen.

Liebe Listenvertreterinnen und -vertreter, lasst uns im Februar in Hamburg gemeinsam dafür sorgen, dass uns Helmut auch zukünftig für diese Arbeit zur Verfügung steht. Lothar Bisky sagte: „Es geht um mehr als den Euro: Die Linke muss die europäische Einigung verteidigen.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt viel zu tun für uns, sowohl im Bund, im Land, aber auch in den Kommunen. Wir wählen heute neue Gremien für die nächsten 2 Jahre.

Ihr entscheidet, wer diejenigen sein sollen, die den Landesverband in dieser Zeit führen werden. Vor uns liegen wieder einmal Wahlen, aber auch die Entwicklung der Partei,

die Mitgliedergewinnung und vor allem die Stärkung unserer politischen Schlagkraft in M-V. Wir dürfen uns nicht einfach in unser Los ergeben, mit kleiner werdenden Ressourcen agieren zu wollen.

Aus dem jetzigen Landesvorstand kandidieren nicht mehr: Angelika Gramkow, Peter Ritter, Birgit Krause, Renate Lüders und André Bernd. Euch allen möchte ich danken für die gute Zusammenarbeit, für die Verlässlichkeit und für die Kollektivität in manch strittiger Frage in den vergangenen Jahren und ich wünsche euch, dass ihr ein wenig von der nun ersparten Zeit auch für euch persönlich und eure Familien zur Verfügung habt.

Auch mein bisheriger Stellvertreter Torsten Koplín wird nicht mehr kandidieren. Das akzeptiere ich natürlich, aber zugleich bedaure ich das sehr. Torsten war im letzten Jahr immer ein ausgleichender und verlässlicher Partner für mich, mit politischer Weitsicht und großem Engagement. Einer, der immer auch was eingebracht und eine Menge Arbeit weggetragen hat. Und er war immer kameradschaftlich zu mir. Danke Torsten.

Diejenigen, die ich bisher nicht gelobt habe, die wollen weiter machen. Und dafür haben sie natürlich auch ein großes Lob verdient.

Neue werden hinzukommen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit ihnen.

Ich möchte ebenfalls weiter machen.

Habe ja gerade erst so richtig losgelegt.

Ich möchte auch in den nächsten zwei Jahren eure Vorsitzende sein. Immer da, wo unsere Partei gebraucht wird, immer da, wo ihr mich braucht. Aber bitte, liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich bloß nicht so hängen, wie das die CDU mit ihrem

Vorsitzenden Lorenz Caffier vor 14 Tagen hier in der Stadthalle Greifswald gemacht hat. Mit läppischen 57 Prozent...

So, liebe Genossinnen und Genossen,

machen wir uns ans Werk, legen wir los, zeigen wir, was wir können.

Ich danke euch.